

Studienreihe öffentliche Verwaltung

Nauheim-Skrobek  
Schmitz/Schmorleiz

# Kommunalrecht Rheinland-Pfalz

Grundriss für die  
Aus- und Fortbildung

2., überarbeitete Auflage

**Kohlhammer** Deutscher GemeindeVerlag

150 Jahre  
**Kohlhammer**



# **Kommunalrecht Rheinland-Pfalz**

Grundriss für die Aus- und Fortbildung

**Ulrike Nauheim-Skrobek**

**Hermann-Josef Schmitz**

**Ralf Schmorleiz**

Dozenten an der Hochschule für  
öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz

2., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

2., überarbeitete Auflage 2017

Alle Rechte vorbehalten

© Deutscher Gemeindeverlag GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-555-01881-2

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-555-01882-9

epub: ISBN 978-3-555-01883-6

mobi: ISBN 978-3-555-01885-0

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

# Vorwort

Die Verfasser sind Dozenten der Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz in Mayen und haben für das Studiengbiet Kommunalrecht das vorliegende Lehrbuch konzipiert. Es bietet den Studierenden Hilfestellung für das Studium und die Prüfungen.

Darüber hinaus ist das Lehrbuch geeignet, die Anwärterinnen und Anwärter, die das Zweite Einstiegsamt anstreben, die Auszubildenden für den Beruf des Verwaltungsfachangestellten und die Teilnehmer der Angestelltenlehrgänge I und II während ihrer Ausbildung hilfreich zu begleiten. Auch Praktikern und ehrenamtlichen Kommunalpolitikern kann dieses Lehrbuch einen schnellen Überblick verschaffen.

Das Lehrbuch soll zum einen die wichtigsten kommunalrechtlichen Grundkenntnisse vermitteln und zum anderen Lösungswege für viele kommunalrechtliche Problemstellungen aufzeigen. Dabei wird auch auf unterschiedliche Meinungen in Lehre und Rechtsprechung eingegangen.

Hauptsächlich werden die Regelungen der Gemeindeordnung zugrunde gelegt. Die Regelungen der Landkreisordnung sind überwiegend inhaltsgleich, so dass die Grundlagen und rechtlichen Probleme identisch sind. Besonderheiten der Landkreisordnung werden ganz speziell berücksichtigt.

Die 2. Auflage berücksichtigt den Rechtsstand zum 1. August 2016

Die Verfasser verwenden nur eine Geschlechtsform. Die Ausführungen gelten aber geschlechtsneutral.

Mayen, im November 2016

Ulrike Nauheim-Skrobek  
Hermann-Josef Schmitz  
Ralf Schmorleiz



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XVII
<b>1 Kommunale Selbstverwaltung und Rechtsquellen der kommunalen Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz (Ulrike Nauheim-Skrobek)</b>	<b>1</b>
1.1 Kommunale Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz	1
1.2 Verfassungsgrundlagen Art. 28 Abs. 2 GG und Art. 49 LV	2
1.3 Gemeindeverbände	4
1.4 Rechtsquellen	5
<b>2 Aufgaben der Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise (Ralf Schmorleiz)</b>	<b>7</b>
2.1 Aufgaben der Gemeinden	7
2.1.1 Selbstverwaltungsaufgaben	7
2.1.2 Auftragsangelegenheiten	9
2.2 Aufgaben der Verbandsgemeinden	10
2.2.1 Eigene Aufgaben der Verbandsgemeinden	11
2.2.2 Aufgabenerfüllung für Dritte	14
2.2.2.1 Verwaltungsgeschäfte der Ortsgemeinden	14
2.2.2.2 Wahrnehmung staatlicher Auftragsangelegenheiten	19
2.3 Aufgaben der Landkreise	20
2.3.1 Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise	20
2.3.2 Auftragsangelegenheiten der Landkreise	20
2.3.3 Die Kreisverwaltung als untere Behörde der allgemeinen Landesverwaltung	21
<b>3 Gemeinderat und Ausschüsse (Hermann-Josef Schmitz)</b>	<b>24</b>
3.1 Gemeinderat	24
3.1.1 Zusammensetzung	24
3.1.2 Wahlzeit des Gemeinderates	27
3.1.3 Aufgaben des Gemeinderates	27

## Inhaltsverzeichnis

3.1.4	Einberufung des Gemeinderates . . . . .	29
3.1.4.1	Zuständigkeit. . . . .	29
3.1.4.2	Einzuladender Personenkreis . . . . .	29
3.1.4.3	Form der Einladung . . . . .	30
3.1.4.4	Zeitpunkt der Einberufung . . . . .	30
3.1.4.5	Tagesordnung . . . . .	31
3.1.4.6	Öffentliche Bekanntmachung. . . . .	32
3.1.4.7	Änderung der Tagesordnung . . . . .	33
3.1.5	Form der Sitzung . . . . .	35
3.1.6	Beschlussfähigkeit . . . . .	37
3.1.7	Ausschließungsgründe . . . . .	38
3.1.7.1	Sinn der Vorschrift . . . . .	38
3.1.7.2	Aufbau der Vorschrift. . . . .	38
3.1.7.3	Betroffener Personenkreis . . . . .	39
3.1.7.4	Persönliche Voraussetzungen . . . . .	39
3.1.7.5	Sachliche Voraussetzungen . . . . .	43
3.1.7.6	Ausnahmen . . . . .	47
3.1.7.7	Rechtsfolgen in der Sitzung . . . . .	47
3.1.7.8	Verfahren bei Vorliegen von Ausschließungsgründen. . . . .	48
3.1.7.9	Rechtsfolgen bei Verletzung der Vorschrift . . .	48
3.1.8	Beschlussfassung, Wahlen. . . . .	50
3.1.8.1	Beschlussfassung . . . . .	50
3.1.8.1.1	Form der Beschlussfassung . . . . .	50
3.1.8.1.2	Mehrheit . . . . .	50
3.1.8.2	Wahlen . . . . .	52
3.1.9	Folgen von Fehlern beim Zustandekommen von Beschlüssen . . . . .	54
3.1.10	Rechte der Organteile . . . . .	55
3.1.10.1	Antragsrechte. . . . .	55
3.1.10.2	Recht auf Anfragen . . . . .	56
3.2	Ausschüsse. . . . .	57
3.2.1	Arten der Ausschüsse. . . . .	57
3.2.2	Bildung der Ausschüsse . . . . .	59
3.2.3	Verfahren in Ausschüssen. . . . .	65
3.2.3.1	Vorsitz . . . . .	65
3.2.3.2	Teilnahmeberechtigte . . . . .	66
3.2.3.3	Form der Ausschusssitzungen . . . . .	66
4	<b>Bürgermeister und Beigeordnete (Hermann-Josef Schmitz) . . .</b>	<b>67</b>
4.1	Bürgermeister . . . . .	67
4.1.1	Art der Bestellung . . . . .	67

## Inhaltsverzeichnis

4.1.2	Amtsbezeichnung . . . . .	67
4.1.3	Wahl und Ernennung des Bürgermeisters . . . . .	67
4.1.3.1	Wahl des Bürgermeisters . . . . .	67
4.1.3.2	Amtszeit des Bürgermeisters . . . . .	67
4.1.3.3	Ernennung des Bürgermeisters . . . . .	68
4.1.4	Abwahl der hauptamtlichen Bürgermeister. . . . .	68
4.1.5	Aufgaben des Bürgermeisters . . . . .	69
4.1.5.1	Organfunktion . . . . .	69
4.1.5.1.1	Originäre Aufgaben . . . . .	69
4.1.5.1.1.1	Leitung der Verwaltung . . . . .	69
4.1.5.1.1.2	Vertretung nach außen . . . . .	70
4.1.5.1.1.3	Vorbereitung von Beschlüssen des Rates . . . . .	70
4.1.5.1.1.4	Ausführung der Beschlüsse . . . . .	70
4.1.5.1.1.5	Geschäfte der laufenden Verwaltung . . . . .	70
4.1.5.1.1.6	Auftragsangelegenheiten . . . . .	72
4.1.5.1.1.7	Personalentscheidungen als Dienstvorgesetzter und Vorgesetzter . . . . .	72
4.1.5.1.2	Gesetzlich besonders übertragene Aufgaben . . . . .	72
4.1.5.1.2.1	Ersatzentscheidungsrecht, § 39 Abs. 2 HS 2 GemO . . . . .	72
4.1.5.1.2.2	Aussetzung von Beschlüssen, § 42 GemO . . . . .	72
4.1.5.1.2.3	Verpflichtungserklärung, § 49 GemO . . . . .	72
4.1.5.1.2.4	Eilentscheidungsrecht, § 48 GemO. . . . .	74
4.1.5.1.2.5	Wahlleiter, § 7 KWG . . . . .	75
4.1.5.1.2.6	Geborener Vorsitzender im Stadtratsausschuss, § 8 AGVwGO . . . . .	75
4.1.5.1.3	Vom Gemeinderat übertragene Aufgaben . . . . .	75
4.1.5.2	Aufgaben als Vorsitzender des Gemeinderates/Präsidialfunktion . . . . .	76
4.1.5.2.1	Einladung . . . . .	76
4.1.5.2.2	Sitzungsleitung . . . . .	76
4.1.5.2.3	Hausrecht . . . . .	76
4.1.5.2.4	Ordnungsbefugnisse . . . . .	76
4.1.5.2.5	Ausfertigung von Satzungen . . . . .	77
4.2	Beigeordnete . . . . .	77
4.2.1	Zahl der Beigeordneten und Art der Bestellung . . . . .	78
4.2.2	Wahl und Ernennung der Beigeordneten . . . . .	78

# Inhaltsverzeichnis

4.2.2.1	Wahlvoraussetzungen . . . . .	78
4.2.2.1.1	Allgemeine Wahlvoraussetzungen . . . . .	78
4.2.2.1.2	Persönliche Wählbarkeitsvoraussetzungen . . . . .	79
4.2.2.1.3	Wahlverfahren. . . . .	79
4.2.2.2	Ernennung des Beigeordneten . . . . .	79
4.2.3	Abwahl hauptamtlicher Beigeordneter. . . . .	80
4.2.4	Aufgaben der Beigeordneten. . . . .	81
4.2.4.1	Allgemeine Vertretung. . . . .	81
4.2.4.2	Vertretung bei besonderen Anlässen . . . . .	81
4.2.4.3	Ständige Vertretung . . . . .	82
5	<b>Satzungen (Ralf Schmorleiz) . . . . .</b>	<b>83</b>
5.1	Allgemeines, Geltungsbereich von Satzungen . . . . .	83
5.2	Ermächtigungsgrundlagen . . . . .	84
5.3	Satzungsarten . . . . .	85
5.4	Verfahren zum Erlass und zur Änderung von Satzungen . . . . .	86
5.5	Unbeachtlichkeit von Satzungsängeln . . . . .	89
5.6	Bewehrung von Satzungen . . . . .	89
5.7	Rechtsschutz gegen Satzungen . . . . .	90
6	<b>Aussetzung von Beschlüssen (Ralf Schmorleiz) . . . . .</b>	<b>91</b>
6.1	Allgemeines . . . . .	91
6.2	Voraussetzungen . . . . .	92
6.2.1	Formelle Voraussetzungen . . . . .	92
6.2.2	Materielle Voraussetzungen . . . . .	93
6.2.2.1	Beschluss des Gemeinderats/Ausschusses/Ortsbeirat . . . . .	93
6.2.2.2	Rechtswidrigkeit des Beschlusses . . . . .	93
6.2.2.3	Ausführbarkeit des Beschlusses . . . . .	94
6.2.2.4	Beschluss ist zum Zeitpunkt der Aussetzung tatsächlich noch nicht ausgeführt . . . . .	95
6.3	Aussetzungsverfahren . . . . .	95
7	<b>Anfechtung von Wahlen gem. § 43 GemO (Wahlbeschwerde) (Ulrike Nauheim-Skropek) . . . . .</b>	<b>98</b>
7.1	Allgemeines . . . . .	98
7.2	Verfahrensrechtliche Gründe . . . . .	99
7.3	Abgrenzung und Konkurrenz zu anderen Rechtsmittel . . . . .	100
7.4	Überprüfungsschema Wahlbeschwerde . . . . .	100
7.5	Klage gegen die Entscheidung der Aufsichtsbehörde . . . . .	102
8	<b>Öffentliche Einrichtungen (Ralf Schmorleiz) . . . . .</b>	<b>105</b>
8.1	Begriff und Bedeutung öffentlicher Einrichtungen. . . . .	105

8.2	Anspruch auf Benutzung öffentlicher Einrichtungen . . . .	106
8.3	Ausschluss und Beschränkungen des Benutzungsanspruchs . . . . .	107
8.4	Gestaltung des Benutzungsanspruchs . . . . .	108
8.5	Organzuständigkeit und Sitzungsform. . . . .	110
<b>9</b>	<b>Aufsicht über die Kommunen (Ulrike Nauheim-Skrobek) . . .</b>	<b>111</b>
9.1	Fachaufsicht. . . . .	111
9.2	Kommunalaufsicht . . . . .	112
9.2.1	Genehmigungsvorbehalt. . . . .	114
9.2.2	Repressive Eingriffsmittel der Kommunalaufsicht . .	115
9.2.3	Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Kommunalaufsicht . . . . .	124
9.2.4	Beschränkung der Kommunalaufsicht . . . . .	126
9.2.5	Zwangsvollstreckung gegen die Gemeinde . . . . .	127
9.3	Sonderaufsicht . . . . .	127
9.3.1	Schulaufsicht . . . . .	128
9.3.2	Bauleitplanung . . . . .	128
9.3.3	Forstaufsicht. . . . .	129
9.3.4	Straßenrecht . . . . .	129
<b>10</b>	<b>Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde (Ulrike Nauheim-Skrobek) . . . . .</b>	<b>131</b>
10.1	Wirtschaftliches Unternehmen . . . . .	132
10.2	Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung. . . .	132
10.3	Überörtliche Betätigung gem. § 85 Abs. 2 GemO . . . . .	133
10.4	Arten der wirtschaftlichen Betätigung . . . . .	134
10.4.1	Eigenbetrieb gem. § 86 GemO . . . . .	135
10.4.2	Anstalt des öffentlichen Rechts gem. § 86a GemO. . . . .	135
10.4.3	Unternehmen in Privatrechtsform gem. § 87 GemO . . . . .	136
<b>11</b>	<b>Wahlen (Gemeinderat/Bürgermeister) (Ulrike Nauheim-Skrobek) . . . . .</b>	<b>140</b>
11.1	Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	140
11.2	Wahlen zum Gemeinderat (Verbandsgemeinderat/Kreistag) . . . . .	141
11.2.1	Wahlssysteme beim Gemeinderat, Verbandsgemeinderat und Kreistag. . . . .	141
11.2.1.1	Verhältnismittelwahl mit offenen Listen . . . . .	141
11.2.1.2	Mehrheitswahl gem. § 33 KWG. . . . .	147
11.2.2	Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbands Pfalz . . .	147

## **Inhaltsverzeichnis**

11.3	Verpflichtung der Ratsmitglieder . . . . .	147
11.4	Wahl des Bürgermeisters . . . . .	148
11.4.1	Urwahl des Bürgermeisters . . . . .	148
11.4.2	Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat . .	151
11.5	Ernennung und Amtsübergabe . . . . .	152
<b>12</b>	<b>Öffentliche Bekanntmachungen (Ralf Schmorleiz) . . . . .</b>	<b>154</b>
12.1	Anlässe öffentlicher Bekanntmachung . . . . .	154
12.2	Form der öffentlichen Bekanntmachung . . . . .	155
12.2.1	Allgemeine Bekanntmachungsformen . . . . .	155
12.2.2	Besondere Bekanntmachungsformen . . . . .	156
12.3	Zuständigkeit für die Veranlassung der öffentlichen Bekanntmachung in Ortsgemeinden . . . . .	158
<b>13</b>	<b>Kommunalverfassungsverfahren (Ulrike Nauheim-Skrobek) . . . . .</b>	<b>159</b>
<b>14</b>	<b>Ansprüche aus dem kommunalen Ehrenamt (Ralf Schmorleiz) . . . . .</b>	<b>163</b>
14.1	Allgemeines und Rechtsgrundlagen . . . . .	163
14.2	Aufwandsentschädigung . . . . .	164
14.2.1	Aufwandsentschädigung für die Ausübung eines schlichten Ehrenamtes . . . . .	164
14.2.2	Aufwandsentschädigung für Ehrenbeamte . . . . .	165
14.3	Freistellungsanspruch . . . . .	167
14.4	Ansprüche auf Mandatssicherung . . . . .	167

# Abkürzungsverzeichnis

aA	andere Ansicht
a. M.	andere Meinung
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abl	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBMG	Ausführungsgesetz zum Bundesmeldegesetz
AGSGB II	Ausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AS	Entscheidungssammlung Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz
AZ	Aktenzeichen
BauGB	Baugesetzbuch
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
Bd.	Band
BeamStG	Beamtenstatusgesetz
BestG	Bestattungsgesetz
BezO	Bezirksordnung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHE	Entscheidungen des Bundesgerichtshof
BMG	Bundesmeldegesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
DGO	Deutsche Gemeindeordnung
d. h.	das heißt

## Abkürzungsverzeichnis

DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DVO	Durchführungsverordnung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EU	Europäische Union
f./ff.	Folgende
GastG	Gaststättengesetz
GastVO	Gaststättenverordnung
gem.	gemäß
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GemO	Gemeindeordnung
GemO-DVO	Durchführungsverordnung zur Gemeindeverordnung
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GStB	Gemeinde- und Städtebund
GVBl.	Gesetz und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HS.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
insb.	Insbesondere
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
KAG	Kommunalabgabengesetz
Kap.	Kapitel
KWG	Kommunalwahlgesetz
KomZG	Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStZ	Kommunale Steuer- Zeitschrift
KWO	Kommunalwahlordnung
LBauO	Landesbauordnung
LBG	Landesbeamten-gesetz
LBKG	Landesbrand- und Katastrophenschutzgesetz
LDG	Landesdisziplinar-gesetz
LG	Landesgesetz
LGebG	Landesgebührengesetz
LKO	Landkreisordnung
LKrWG	Landeskreislaufwirtschaftsgesetz
LMG	Landesmediengesetz
LPartG	Landesparteiengesetz

## Abkürzungsverzeichnis

LPflGG	Landespflegegeldgesetz
LPIG	Landesplanungsgesetz
LRH	Landesrechnungshof
LS	Leitsatz
LV	Landesverfassung
LFAG	Landesfinanzausgleichsgesetz
LPAuswG	Landespersonalausweisgesetz
LStrG	Landesstraßengesetz
LVwVG	Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz
LWG	Landeswassergesetz
MG	Meldegesetz
Mod.	Modalität
MGeschO	Mustergeschäftsordnung
mwN.	mit weiteren Nachweisen n. F. neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenzeitschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ Rechtsprechungsreport
o. a.	oben angegeben
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PartG	Parteiengesetz
PAuswG	Personalausweisgesetz
POG	Polizei- und Ordnungsbehördengesetz
Rdnr.	Randnummer
RHG	Rechnungshofgesetz
RhPf.	Rheinland-Pfalz
RPA	Rechnungsprüfungsamt
S.	Satz
SchulG	Schulgesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SparkG	Sparkassengesetz
SportFG	Sportförderungsgesetz
str.	strittig
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
u.	unten
u. a.	und andere
UStG	Umsatzsteuergesetz
v.	von
VG	Verbandsgemeinde
VGH	Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung

## Abkürzungsverzeichnis

VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VV	Verwaltungsvorschrift
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
z. B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
zz	zur Zeit

# Literaturverzeichnis

- Bogner/Bitterwolf-de Boer/Probstfeld*, Kommentar zum Landesstraßengesetz Rheinland-Pfalz, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2013
- Cremer, Wolfgang*, Gewinnstreben als öffentliche Unternehmen legitimierender Zweck: Die Antwort des Grundgesetzes, DÖV 2003,921
- Dazert in Gabler, Höhlelein*, Kommentar zum Kommunalverfassungsrecht, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2012
- Dietlein u. a.*, Kommentar zur Landkreisordnung, in Gabler/Höhlein u. a., Kommunalverfassungsrecht Rheinland-Pfalz, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2010
- Dreibus/Neutz/Beucher/Nauheim-Skrobek*, Die Kommunalgesetze für Rheinland-Pfalz, Verlag Reckinger & Co., Siegburg, 2001
- Gierke in Brügelmann*, Baugesetzbuch Kommentar, Kohlhammerverlag, Stuttgart 2012
- Grumbach/Bickenbach/Seckelmann/Thews*, Kommentar zum Schulgesetz, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2012
- Höhlein in Gabler/Höhlein u. a.*, Kommunalverfassungsrecht Rheinland-Pfalz, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2012
- Höhlein/Schmorleiz/Strobel*, Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt in Rheinland-Pfalz, Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz 2016
- Lukas in Gabler/Höhlein u. a.*, Kommunalverfassungsrecht Rheinland-Pfalz, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2012
- Masson/Samper u. a.*, Bayerische Kommunalgesetze, Kommentar, Verlag Boorberg 1997
- Nauheim-Skrobek*, Kommentar zum Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz, in Gabler/Höhlein u. a., Kommunalverfassungsrecht Rheinland-Pfalz, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2011
- Oster in Gabler/Höhlein u. a.*, Kommunalverfassungsrecht Rheinland-Pfalz, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2012
- Püttner in Stern/Püttner*, Die Gemeindegewirtschaft, Kohlhammerverlag, Stuttgart 1965
- Raum, Bertram*, Das Recht auf Rücknahme von Vorschlägen von der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung, NVwZ 1990/144
- Roling, Dr., Sebastian*, Die Entwertung der niedersächsischen Subsidiaritätsklausel, NVwZ 2009, 226
- Schaaf/Höhlein in Gabler/Höhlein u. a.*, Kommunalverfassungsrecht Rheinland-Pfalz, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2012